

Deutschland im Europa der Vaterländer

von Reinhard Uhle-Wettler

Zur Lage: Das postdemokratische Zeitalter scheint unabwendbar

Das Buch „Ist die Erde noch regierbar?“ des Politikwissenschaftlers Yehezkel Dror wurde von den Mitgliedern des Exekutivkomitees des Club of Rome eingehend diskutiert und als ein Bericht an den Club of Rome angenommen. Darin analysiert der emeritierte Professor an der Jerusalemer Universität und Berater internationaler Organisationen die globalen Probleme wie Überbevölkerung und Umweltzerstörung und kommt zu dem Schluß, daß nur eine künftige Weltregierung sie bewältigen kann. Mit Liberalismus, Demokratie und Marktwirtschaft könne die Welt nicht regiert, sondern nur kaputtgemacht werden. Schon im Vorwort sagt er: „Ich bin jedoch davon überzeugt, daß wir den Herausforderungen des Regierens angesichts der akuten Veränderungen der allgemeinen Weltlage nur begegnen können, wenn wir viele als ‘selbstverständlich’ angesehenen Auffassungen revidieren und uns sogar von ihnen trennen, soweit es die fundamentalen demokratischen Wertvorstellungen betrifft.“ Von der Unfähigkeit der Regierungen, ihre Pflichten zu erfüllen, über die Verabschiedung der Vorstellung vom „mündigen Bürger“ gelangt er zur Stärkung der Vereinten Nationen (UNO), zu internationalen Kontrollbehörden, Sanktionen gegen säumige Regierungen bis hin zu der Aussage: „Regierungen müssen in der Lage sein, auch gegen den Willen der Bevölkerung notwendige Reformen durchzusetzen. Im Falle sozialer Unruhen sind auch autoritäre Regierungen und ‘konstitutionelle Diktaturen’ zuzulassen.“ Das Auswahlsystem und Anforderungsprofil für Politiker und ihre Ausbildung an Eliteschulen liegt ihm besonders am Herzen. Angesichts der Probleme des Überlebens der Menschheit nimmt er sich die Freiheit, „das Undenkbare zu denken“ und propagiert die Raison d’humanité. Diese steht allerdings im Widerspruch zur herkömmlichen Staatsraison und geht von der Menschheit als einer geschlossenen Gemeinschaft aus, deren Überleben in Frieden und Gerechtigkeit zu sichern sei.

Wir müssen nicht gleich den Verdacht der Diktatur der Humanität bemühen. Es liegt aber auf der Hand, daß die traditionellen Menschenrechte, und hier besonders die persönliche Freiheit ganz offensichtlich mit dieser Konzeption nur bedingt in Übereinstimmung gebracht werden können.

Die vieldiskutierte Globalisierung von Wirtschaft und Finanzmärkten verstärkt das Problem. Sie kann im Sinne von Karl Marx mit der Herrschaft des Kapitalismus umschrieben werden, der die nationalen Regierungen zu bloßen Verwaltungszentren seiner Interessen degradiert. Verbinden wir nun gedanklich den weltweit unübertroffenen Einfluß US-amerikanischer Wirtschafts- und Finanzkraft, abgestützt durch eine entsprechende militärische Schlagkraft, mit jener Globalisierung und der angesprochenen Weltregierungstendenz, so ergibt sich daraus fast zwangsläufig die pax americana als plausible Beschreibung der weltpolitischen Lage wenigstens in der sogenannten westlichen Hemisphäre. Das bedeutet zwar noch nicht „Weltregierung“, trägt aber doch gewisse Züge davon, die erahnen lassen, daß hier mehr auf dem Spiele steht, als Handel und Verkehr! Daher beginnen politische Überlegungen für Deutschland im Europa der Vaterländer zweckmäßig mit einem Blick auf die Supermacht Vereinigte Staaten von Amerika.

Pax americana: Washington ist das neue Rom.

Die Politik der USA als Großmacht- und nationale Interessenpolitik zu erklären bedeutet, sich unverzüglich dem Vorwurf des Antiamerikanismus auszusetzen. Das liegt wahrscheinlich an der Unfähigkeit oder dem Unwillen unserer politischen Klasse, zwischen Familien- und Staatsethos zu unterscheiden, welche Arnold Gehlen in seinem Buch „Moral und Hypermoral“ überzeugend beschrieben hat. Die ebendort abgehandelte Moralhypertrophie der Gesinnungsethiker verstellt den Blick für die Bedingungen der Politik und das tatsächliche politische Geschehen.

Konkret: Bob Woodward - das ist der Journalist, der den „Watergate-Skandal“ aufdeckte - zitiert in seinem Buch: „The Commanders“ die Carter-Doktrin von 1980 aus dem Bericht zur Lage der Nation wie folgt: „Jeder von einer fremden Macht unternommene Versuch, Kontrolle über den Persischen Golf zu erlangen, wird als ein Angriff auf die lebenswichtigen Interessen der Vereinigten Staaten von Amerika gewertet. Ein solcher Angriff wird mit allen erforderlichen Mitteln, einschließlich militärischer Gewalt, abgewehrt werden.“ Das hat mit „freedom and democracy“ weniger zu tun, als man die Welt glauben machen wollte. Die mehrdeutigen Äußerungen der amerikanischen Botschafterin April Glaspie gegenüber Saddam Hussein vor Kriegsausbruch lassen darüber hinaus den Schluß zu, der Diktator sei in eine raffiniert gestellte Falle getappt! Daß er für die Weltöffentlichkeit ein Teufel in Menschengestalt sei, dafür sorgte eine von der US-Regierung beauftragte Public-Relation-Firma, die unter anderem das Märchen von den über 300 ermordeten kuweitischen Frühgeburten in einer Kuweiter Klinik erfand und verbreitete.

In der FAZ vom 10. März 1992 erschien nun ein Artikel mit der Überschrift „Amerika will keine Rivalen zulassen“. Er beschäftigt sich mit dem Inhalt eines geheimen Strategiepapiers des Pentagon, das die „New York Times“ in Auszügen veröffentlichte. Der Artikel berichtet folgende aufschlußreiche Grundsätze: Es sei zu fordern, daß die Vereinigten Staaten sich bemühten, irgendeine feindliche Macht daran zu hindern, eine Region zu beherrschen. Zu diesen Regionen gehören Westeuropa, Ostasien, das Gebiet der früheren Sowjetunion und Südwestasien. Mit Blick auf die Industrienationen müsse Amerika dafür sorgen, daß sie nicht die amerikanische Führungsrolle herausfordern oder versuchen, die etablierte politische und ökonomische Ordnung umzukehren. Außerdem gebe es, weniger sichtbar, die Integration Deutschlands und Japans in ein von den Vereinigten Staaten geführtes System kollektiver Sicherheit und das Entstehen einer „demokratischen Friedenszone“. Beide Länder seien von einer Politik der Aufrüstung, die auch nukleare Waffen einschließe, abzuhalten. Auch deswegen solle in Zukunft die Weitergabe von Massenvernichtungswaffen verhindert werden. Wären Deutschland und Japan erst einmal im Besitz nuklearer Waffen, könnten sie in einen globalen Wettbewerb mit Amerika eintreten. Es dürfe keine ausschließlich europäischen Sicherheitsvereinbarungen geben usw.

In einem weiteren Artikel der FAZ vom 17. Juni 1992 wird der Botschafter der Vereinigten Staaten in Deutschland unter anderem wie folgt zitiert: Kimmit bezeichnete die Sicherheit Europas als weiterhin entscheidend für die Sicherheit der Vereinigten Staaten. Die Vereinigten Staaten seien und blieben eine europäische Macht.

Eine besonders gründliche und sachkundige Untersuchung der US-amerikanischen Sicherheitspolitik verdanken wir Flotillenadmiral a. D. Jörg Reschke, veröffentlicht in „Der Mittler-Brief“, Informationsdienst zur Sicherheitspolitik, Nr. 4/4. Quartal 1996. Die Studie analysiert im wesentlichen die öffentlich zugängliche „National Security Strategy“, die der amerikanische Präsident jährlich vorzulegen hat. Zusammengefaßt ergeben diese Berichte unter anderem folgendes Wesentliche:

1. Vitale nationale Interessen

- das Überleben der USA als freie und unabhängige Nation;
- eine gesunde und wachsende US-Wirtschaft;
- die weltweite Ausweitung von Freiheit, demokratischer Institutionen und freier Marktwirtschaft, verbunden mit einem fairen, offenen Handelssystem;
- eine stabile und sichere Welt, frei von ernsthaften Bedrohungen für die Interessen der USA.

Zu den prinzipiellen Zielsetzungen gehören neben der militärischen Abschreckung, Bündnispolitik, Nonproliferation, Abrüstung, ungehindertem Zugang zu den Weltmeeren und zum Weltraum, das Sicherstellen des amerikanischen Zugangs zu fremden Märkten und Sicherstellen des Zugangs der USA und ihrer Verbündeten zu ausländischen Energie- und Mineral-Ressourcen.

Aus allen Präsidentenberichten zur nationalen Sicherheitsstrategie bis in die jüngsten Tage geht hervor:

- die Wahrung der nationalen Interessen;
- der weltweite Führungsanspruch;
- das Bemühen, fremde Märkte für die US-Wirtschaft zu öffnen sowie den Freihandel durchzusetzen;
- die Lasten der globalen Politik mit den Verbündeten zu teilen, also „burdensharing“;
- Aufrechterhaltung militärischer Vormacht.

Abschließend sei aus der Studie Reschke folgender Grundsatz zitiert: „Das Prinzip der freien Marktwirtschaft zählt zu den Grundwerten von Freiheit und Demokratie, denen sich die USA als ‘nationales Interesse’ in besonderem Maße verpflichtet fühlen.“

Unter dieser Flagge wird allerdings bedenkenlos nationale Machtpolitik betrieben, die sich möglichst einer indirekten Strategie über Stellvertreter bedient. So war gegen Jahresende 1997 verschiedenen Presseberichten zu entnehmen, daß die Amerikaner den Tutsi-Führer Laurent Désiré Kabila bei der Eroberung von Zaire politisch, finanziell und wohl auch militärisch unterstützten, um sich die Bodenschätze, vor allem Kupfer, Zink und Kobalt zu sichern und den französischen Einfluß im Kongobecken zu eliminieren.

Die Folgerung aus alledem ist: Die USA betreiben nationale Interessenpolitik im Weltmaßstab unter der Flagge von Menschenrecht, Freiheit und Demokratie. Daraus ist inzwischen das größte und mächtigste Weltreich entstanden, das die Welt je gesehen hat. Der Atlantik ist das neue Mittelmeer und Washington ist das neue Rom. Pax americana in der atlantischen Welt und USA rule the waves!

Globalisierung: Der Kapitalismus schafft Chaos und Zerstörung

Es ist ein Verdienst der „Spiegel“-Redakteure Hans-Peter Martin und Harald Schumann, das Problem öffentlich wirksam aufbereitet zu haben. Ihr Buch „Die Globalisierungsfalle“ trägt den Untertitel „Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand“. Zitat aus dem Klappentext: „Drei aufwühlende Herbsttage in San Francisco, Ende September 1995: Die Machtelite der Welt, 500 führende Politiker, Konzernchefs und Wissenschaftler diskutieren hinter verschlossenen Türen das 21. Jahrhundert. Die Einschätzung der Weltlenker ist verheerend: Nur mehr ein Fünftel aller Arbeitskräfte werde in Zukunft benötigt. Der überwiegende Rest -

80 Prozent - müsse mit 'tittytainment' bei Laune gehalten werden, einer Mischung aus Entertainment und Ernährung am Busen (tits) der wenigen Produktiven.“ Und weiter: „Die Wucht der Globalisierung eint die Welt, doch gleichzeitig zerfällt diese eine Welt. Wie Anarchisten des 21. Jahrhunderts setzen Manager milliardenschwerer Investmentfonds und Weltkonzerne die Nationalstaaten matt.“

Wir finden in den täglichen Informationen der Massenmedien hinreichend Bestätigung für dieses Geschehen. In einem berausenden Tempo schließen sich weltweit Großbanken, Versicherungskonzerne, Fluggesellschaften, Industrie- und Medienkonzerne sowie Investmentgesellschaften zu transnationalen Weltunternehmen zusammen, deren Charakter mit der Umschreibung „Global-Player“ eher verharmlost wird. Zitat aus „Die Globalisierungsfalle“: „Gerade die Geschwindigkeit, 'die Beschleunigung des Prozesses der kreativen Zerstörung ist das Neue am marktwirtschaftlichen Kapitalismus von heute', analysiert der amerikanische Ökonom Edward Luttwak, der dafür den Begriff des 'Turbokapitalismus' prägte.“ Und ein weiteres Zitat: „Globalisierung, verstanden als die Entfesselung der Kräfte des Weltmarktes und die ökonomische Entmachtung des Staates, ist für die meisten Nationen ein erzwungener Vorgang, dem sie sich nicht entziehen können. Für Amerika war und ist es ein Prozeß, den seine wirtschaftliche und politische Elite willentlich in Gang gesetzt hat und aufrechterhält.“ Angesichts der 18 Millionen Arbeitslosen in Europa, davon knapp fünf Millionen registrierte in Deutschland, erscheint jene von amerikanischen Wirtschaftsexperten vorausgesagte Entwicklung zu einer 20-zu-80-Gesellschaft durchaus realistisch.

Der 1997 verstorbene französisch-britische Milliardär James Goldsmith hat die Globalisierung in mehr philosophischer Weise beschrieben. Sein sehr lesenswertes Buch trägt den Titel „Die Falle“. Es trifft sich mit Prof. Günter Rohrmosers zeitkritischer Analyse „Der Ernstfall“ insofern, als die Überlebensprobleme der westlichen Welt nicht vorrangig technologisch-wirtschaftlich, als vielmehr geistig-religiös begriffen werden. Zitat: „Der heilige Thomas von Aquin lehrte, daß die Vernunft dem Göttlichen untergeordnet sein müsse.“ Und: „Diese Kombination aus Glaube an die Vernunft und humanistischem Hochmut, auf der die Aufklärung beruhte, ist der Ursprung der charakteristischen Weltanschauung der Moderne, die zwangsläufig zum Marxismus führte.“ Goldsmith empfiehlt ein Konzept des regionalen Freihandels entsprechend der ursprünglichen Konzeption der Römischen Verträge anstelle des Konzeptes des freien Welthandels, das durch den Vertrag von Maastricht festgeschrieben wurde. Ein Schlüsselsatz lautet: „Die Maastrichter Verträge haben zum Ziel, einen länderübergreifenden, zentralisierten und bürokratischen Staat zu schaffen - eine homogene Union. Sie zerstören damit die Säulen, auf denen Europa errichtet wurde, seine Nationen.“

Teil des Konzeptes der Globalisierung ist die Liberalisierung der Finanzmärkte. Am 13. Dezember 1997 haben, wie die „Welt am Sonntag“ am folgenden Tage schrieb, 70 von 132 Mitgliedstaaten der Welthandelsorganisation (WTO) in Genf beschlossen, ihre Märkte für Finanzdienstleistungen im Frühjahr 1999 zu öffnen: „Die Übereinkunft bedeutet die bisher weitreichendste Liberalisierung in der Geldbranche. Der Vertrag, um den mehr als zehn Jahre verhandelt worden war, garantiert Banken, Versicherungen, Vermögensverwaltern und Börsendiensten einen besseren Zugang zu Märkten der jeweils anderen WTO-Länder.“ Weiter ist zu lesen, der Vertrag sei ein historisches Ereignis. Er werde die Welt verändern. Die USA als weltweit größter Markt für Finanzdienstleistungen hätten hart verhandelt.

Demgegenüber erscheint der tapfere Kampf von Bolko Hoffmann, dem Herausgeber eines bedeutenden Börsenblattes, fast aussichtslos. In ganzseitigen Anzeigen, zum Beispiel in der

FAZ vom 7. März 1998, kämpft er gegen den sogenannten „Eurowahn“, für ein 300 Milliarden DM-Konjunkturprogramm, für die Besteuerung des Großkapitals und den Erhalt der DM. Die Überschrift der teuren Anzeige lautet: „Das Großkapital plündert die deutsche Volkswirtschaft aus.“

Das Deutschland Journal 1997 der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft e. V., Hamburg, geht auf den Fragenkomplex der Globalisierung wie folgt ein: „Freiheitliche Demokraten sind im übrigen die natürlichen Gegner der schrankenlosen, unkontrollierten Globalisierung wie eines grenzenlosen Internationalismus. Sie müssen, um Volkswirtschaft und Volkssouveränität zu erhalten, gegen die seltsame Allianz der marxistischen Linken und einer transnationalen, unkontrollierbaren Großwirtschaft zu Felde ziehen. Dies ist der Ernstfall, der die nächsten Jahrzehnte bestimmen wird.“

Grenzenlose Globalisierung ist letztlich nichts anderes als die krebsartig sich ausbreitende Herrschaft des Kapitalismus, der alle bisherigen Strukturen und Ordnungen überwuchert und zum Teil zerstört. Ein Organismus aber, dessen natürliche Grenzen zerstört werden, ist nicht lebensfähig. Er stirbt ab. Konkret: Es muß alles daran gesetzt werden, die Globalisierung zu begrenzen, zu steuern und zu kontrollieren. Nur so kann sie sich demokratisch legitimieren. Technologie, die Globalisierung ermöglicht, bietet auch Instrumente zu deren Regulierung. Dazu gehören Grenzen, deren Durchlässigkeit zu regeln ist, dazu gehört der Schutz lebenswichtiger Strukturen der Volkswirtschaft zum Erhalt von Lebensgrundlagen und Lebensqualität, dazu gehören internationale Rechts- und Vertragssysteme, die regionale Unterschiede berücksichtigen und den Vorrang der politik vor der Ökonomie sicherstellen, dazu gehört ein vor allem die uferlose Finanzspekulation zähmendes Steuersystem und ein international abgestimmtes Kartellrecht, das dem Kapitalismus Zügel anlegt, ohne seine positive Dynamik zu blockieren. Schließlich ist eine Unternehmensstruktur zu entwickeln, die den Gegensatz von Arbeitgebern und Arbeitnehmern entschärft. Die Energien einer künstlich am Leben gehaltenen sozialistischen Ausbeuterideologie sollten demzufolge für eine gemeinschaftliche Unternehmensstrategie freigesetzt werden.

Stets aber muß berücksichtigt werden, was Präsident Clinton zum Abschluß der „Uruguay-Runde“ nach über siebenjährigen Gatt-Verhandlungen äußerte. Gemäß FAZ vom 16. Dezember 1993 sagte er, Amerika habe einen historischen Sieg bei der Öffnung von Märkten erzielt.

Halten wir fest, was es geistig zu verarbeiten gilt: Die USA sind der Motor der Globalisierung aufgrund nationalen Interesses. Es ist Aufgabe der Politik, die Globalisierung einzuhegen, um den Marsch in die nihilistische „One-World-Gesellschaft“ zu stoppen. Volk, Volkswirtschaft, Sozialstaat, Demokratie und Nation stehen auf dem Prüfstand. Eine 20-zu-80-Gesellschaft bedeutet unübersehbare soziale Spannungen, wie sie etwa von Karl Marx prophezeit wurden. Ein Massenproletariat im Weltmaßstab würde dem alten Schlachtruf folgen: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ Dann wäre der Aufstand der Massen nicht mehr aufzuhalten: „Völker hört die Signale! Auf zum lechten Gefecht!“ Das wäre das Ende des Kapitalismus, aber sicher nicht der Anfang einer besseren Welt. Karl Marx aber hätte eine Messe verdient.

Die Canossa-Republik: Deutschland muß sich auf seine Wurzeln und die Kräfte des Volkes besinnen

Die Bundesrepublik Deutschland steckt in einer schweren wirtschaftlichen, politischen und geistigen Krise. Dies offenbaren vor allem das wachsende Millionenheer von Arbeitslosen, die Reformunfähigkeit des Parteiensystems sowie der Verfall der überlieferten geistigen und

sittlichen Grundlagen. Eine unübersehbare Flut von Büchern und Studien beschreibt diesen Zustand im einzelnen. Die Titel deuten an, worum es geht. Beispiele: „Scheitert Deutschland?“, Arnulf Baring; „Staat ohne Maß“, Hans Apel; „Staat ohne Diener“, Hans-Herbert v. Arnim; „Die Faschismuskeule“, Hans-Helmut Knütter; „Wozu noch tapfer sein?“, Gerd Schultze-Rhonhof; „Das Ende des Individualismus“, Meinhard Miegel und Stefanie Wahl; „Sind Gedanken noch frei?“, Claus Nordbruch; „Die Republik dankt ab“, Konrad Adams; „Kartenhaus Europa“, Manfred Brunner (Hrsg.).

Die wichtigste philosophische Analyse unserer Zeit bietet Prof. Dr. Günter Rohrmoser mit dem Buch „Der Ernstfall“. In seinem Plädoyer für einen liberalen Konservatismus beschwört er Transzendenz und Christentum und geißelt „die konstitutionelle Unfähigkeit der politischen Klasse“, die anstehenden politischen Aufgaben zu lösen. Kurz: Alles Notwendige zur Krise unseres Landes ist gesagt und geschrieben. Der Ernstfall ist eingetreten, aber die politisch Verantwortlichen rührt das offensichtlich wenig. Großsysteme reformieren sich nicht aus eigenem Antrieb, sondern nur auf stärksten Druck von außen. Dieser muß, wie bei der friedlichen Revolution von 1989, vom Volke ausgehen, dem verfassungsmäßigen Souverän der Staatsgewalt.

Patrioten, welche die Krise des Vaterlandes bewältigen und das Staatswesen sowohl reformieren als auch grundsätzlich erhalten wollen, müssen das Volk mobilisieren. Nur mit seiner Hilfe können die verkrusteten Strukturen einer Republik aufgebrochen werden, die zu Recht als Parteienstaat kritisiert wird. Bewußtseinsänderung und Öffentlichkeitsarbeit sind daher angesagt, um die Massen zu erreichen. Das Volk wartet geradezu auf neue Signale und Führerschaft, denn es hat längst erkannt, daß es von der herrschenden politischen Klasse hinters Licht geführt und mit seinen wirklichen Problemen allein gelassen wird. Die geistige Konzeption der anzustrebenden Wende muß auf den reichen Wurzeln des Volkslebens aufbauen, dessen Kultur weltweit anerkannt ist. Sprache, Künste und Wissenschaften, Tugenden sowie Gemeinschafts- und Freiheitssinn sollen hier als Hinweis genügen.

Um sich nicht in Einzelheiten deutschen Leides zu verlieren, seien hier zwei grundsätzliche Probleme angesprochen, nämlich die entstellte deutsche Geschichte und die Systemfrage, die sich mit der Staatsform und der Verfassung Deutschlands beschäftigt.

Zunächst soll auf die jüngere deutsche Geschichte eingegangen werden, da nur ihre Revision vom auferlegten Schuldkomplex befreien und das erforderliche Selbstbewußtsein wiederherstellen kann.

In einem Artikel über die Krise der europäischen Demokratie und den inneren und äußeren Verfall der westeuropäischen Staaten vom 4. März 1974 beschreibt der „Spiegel“ unter Hinweis auf die Tagebücher des Bundeskanzlers Willy Brandt dessen Ansichten wie folgt:

„Der Kanzler sieht die klassische parlamentarische Demokratie westlichen Musters am Ende. Nach seinem Urteil werden sie (also die klassischen parlamentarischen Demokratien; der Verf.) mit ihren Problemen nicht mehr fertig und können deshalb nicht die Endform des demokratisch verfaßten Staates sein.

In den Staaten Westeuropas sei ein Regierungswechsel von der einen zur anderen Partei kein wirklicher Machtwechsel mehr, sondern nur noch ein Schauspiel, DENN DIE WIRKLICHEN MACHTHABER SÄSSEN ANDERSWO.

Wenn der westliche Systemverfall nicht aufgehalten werden könne, dann, so fürchtet Willy Brandt, sei der Parlamentarismus in Europa höchstens noch 20 oder 30 Jahre am Leben zu erhalten. Denn die Sozialdemokraten entwickelten sich unter dem Eindruck der Misere immer weiter nach links, die Nationen in ihrer Mehrheit aber tendieren nach rechts und wendeten sich den Konservativen zu. Diese jedoch, so Tagebuchschareiber Brandt, seien nicht in der Lage, die Probleme zu meistern, so daß am Ende der radikale Kommunismus oder Faschismus drohe.“

Wer sind nun jene wahren Machthaber, die der Kanzler beruft? Versuchen wir, hinter die Kulissen zu schauen, von denen die Rede in dem bekannten Ausspruch des Premierministers der Queen Victoria, Disraeli, ist. Er lautet:

„Die Welt wird von ganz anderen Personen regiert, als diejenigen glauben, deren Blick nicht bis hinter die Kulissen dringt.“

Wir können es uns einfach machen und den Volksmund befragen. Der sagt ohne Umschweife: „Geld regiert die Welt!“

Das genügt uns aber nicht zur Erklärung all' der komplexen Abläufe der Lebenswirklichkeit.

Hilfreich ist ohne Zweifel der Grundgedanke von Karl Marx, daß in jeder geschichtlichen Epoche die vorherrschende wirtschaftliche Produktions- und Austauschweise und die aus ihr mit Notwendigkeit folgende gesellschaftliche Gliederung die Grundlage bildet, auf der die politische und intellektuelle Geschichte dieser Epoche sich aufbaut und aus der sie allein erklärt werden kann.

Karl Marx beantwortet darüber hinaus unsere Frage nach den wahren Machthabern in seinem weltberühmten Manifest der kommunistischen Partei schon vor 150 Jahren ziemlich eindeutig.

Er stellt fest, die Bourgeoisie habe sich seit der Herstellung der großen Industrie und des Weltmarktes im modernen Repräsentativstaat die ausschließliche politische Herrschaft erkämpft. Wörtlich im Manifest: „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisieklasse verwaltet.“

Das bedeutet: Die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts ist im wesentlichen eine solche der Großwirtschaft und der Hochfinanz sowie der von diesen abhängigen Massen.

Demzufolge läßt sich die jüngere deutsche und europäische Geschichte ganz grob in folgende Phasen einteilen:

Vorphase: Vorbereitung des Machtkampfes um Europa und die Vorherrschaft in der westlichen Hemisphäre

- Entwicklung von Hochfinanz und Großwirtschaft im Weltmaßstab;
- Entwicklung und Organisation der Arbeiterklasse im Zeichen des Internationalismus;
- Aufbau der Kräfte zum entscheidenden Kampf um die Macht in Zentraleuropa gegen die bestehende Ordnung, insbesondere gegen die deutsche Vorherrschaft;
- Erster deutscher Sündenfall durch die Lösung vom internationalen Finanzplatz London mittels Gründung der Deutschen Bank 1870 und der Reichsbank 1875;
- Internationale Aktionen gegen das Reich.

Phase 1: Der 1. Weltkrieg und die Beseitigung der bestehenden Ordnung

- Vernichtung der Kaiserreiche Deutschland, Österreich und Rußland;
- Demokratisierung Europas (hang the Kaiser!);
- Verschuldung Europas in USA;
- Sturz der Goldmark-Währung des Deutschen Reiches und dessen dauerhafte finanzielle Ausschaltung durch das Versailler Diktat;
- Kriegsschuldartikel im sogenannten Friedensvertrag; Versuch eines Kriegsverbrechertribunals;
- Sowjetkommunistische Revolution und deren Vordringen nach Deutschland; Umsturzversuche und Räterepubliken in Deutschland mit sowjetischen Agenten, Waffen und Geldern;

Phase 2: Der 2. Weltkrieg und die pax americana

- Zweiter deutscher Sündenfall durch Ausstieg aus dem goldgestützten Weltwährungssystem wegen fehlender Goldreserven aufgrund der Versailler Ausplünderung; antikapitalistisches Warenaustauschprogramm der Nationalsozialisten zur „Brechung der Zinsknechtschaft“;
- Bündnis des Kapitalismus mit dem Kommunismus;
- Vernichtung des Deutschen Reiches;
- Kollektivschuldthese, Umerziehung, Kriegsverbrechertribunale;
- Verstümmelung und Aufteilung sowie dauerhafte Besetzung des Reiches; Versagen eines Friedensvertrages;
- Deutsche Währungsreform 1948;
- Marshall-Plan zur Ankurbelung der europäischen Wirtschaft und Herstellung eines offenen Marktes;
- Londoner Schuldenabkommen mit der Regierung Adenauer im Jahr 1953;
- Aufstieg der Wall Street zum bedeutendsten Finanzplatz der Welt;
- Schaffung eines internationalen Währungssystems in Bretton Woods, Gründung der Weltbank und internationalem Währungsfond sowie der Vereinten Nationen, erstere mit Sitz in Washington D. C., letztere in New York;
- Beendigung des Kolonialismus und Zerfall des britischen Weltreiches;
- Fortentwicklung der Demokratisierung Europas;
- Verfall der tradierten nationalen und bürgerlichen Wertordnung;
- Bildung von Medienkonzernen zur Lenkung der demokratischen Öffentlichkeit;
- Aufstieg der USA zum größten Weltreich der Geschichte, pax americana
- der US-Dollar = Leitwährung der Welt.

Phase 3: Globalisierung

- Die revolutionäre Rolle der Bourgeoisie: „Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört.“ So Karl Marx.
- Wertewandel in Europa;
- Verfall von Volk, Nation und Religion;
- Sprachstrategien: Gesellschaft, Menschenrechte und Verbraucher anstelle von Volk, Pflichten und Staatsbürger;
- Niedergang der Volkswirtschaft;
- Transnationale Großunternehmen, „Turbokapitalismus“;
- Entmachtung des Staates und Privatisierung des Staatsvermögens;

- Bürokratisierung der Demokratie;
- Multikultur statt Kultur;
- Schrankenloser Freihandel gemäß GATT/WTO sowie grenzenloser Geldverkehr;
- Vereinigte Staaten von Europa;
- Übergang zur Verwaltungsdemokratie;
- Dritter deutscher Sündenfall: Aufstieg der D-Mark zur europäischen Reserve- und Ankerwährung;
- europäische Währungsunion zur Abschaffung der D-Mark als Frage von Krieg und Frieden (Bundeskanzler Kohl).

Die künftigen Phasen lassen sich in Fortführung dieser Entwicklung mindestens erahnen.

Phase 4: Die verwaltete Welt

- Ende des demokratischen Zeitalters;
- Herrschaft internationaler Kommissionen, anonymer Verwaltungszentren, Pakt- und Bündnisorganisationen;
- Interventionalismus, Weltpolizei;
- Maßgeblicher Einfluß unkontrollierbarer Großunternehmen, Bankenzusammenschlüsse, Versicherungs- und Medienkonzerne;
- Ausbildung kapitalistischer Eliten und eines grundversorgten Massenproletariats: 20/80- Gesellschaft;

Phase 5: Die Stunde der Marxisten

- Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie im Weltmaßstab bis zur Entscheidung, wie von Marx und Engels angekündigt;
- Abschaffung des Privateigentums und der Klassengegensätze;
- Einführung der Kommunistischen Organisation und Beendigung der Herrschaft des Menschen über den Menschen.

Dieses Denkmodell mit den erklärenden Stichworten soll dazu dienen, den eigenen Standpunkt zu prüfen. Möglicherweise speichert unser Gehirn, das ja nach dem „englischen Guderian“ Gen Maj J. F. C. Fuller, ein Laboratorium für die Zukunft sein soll, ein altes, überholtes Programm.

Historiker und historisch interessierte Laien sollte es anregen, die Geschichte wenigstens des 19. und 20. Jahrhunderts in erster Linie als eine solche der Wirtschaft und Finanzen zu betrachten. Da es uns heute zugleich um die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft geht, sind die möglichen Phasen 4 und 5 den historischen angefügt.

Das Denkmodell kann uns schließlich auch eine Erklärung für die an sich merkwürdige Kollaboration der Neomarxisten und Antifaschisten mit der Bourgeoisie im Kampf gegen die Patrioten und die Konservativen liefern. Nach Friedrich Engels ist es ja das Interesse der Kommunisten, die Bourgeoisie sobald als möglich an die Herrschaft bringen zu helfen, um sie so bald wie möglich zu stürzen.

Wer sich nun aber dem Auflösungsprozeß der alten Gesellschaft entgegenstellt wie die Mittelstände, kleine Industrielle, kleine Kaufleute, Handwerker und Bauern, die um ihre Existenz fürchten und die Bourgeoisie bekämpfen, ist nach Karl Marx nicht revolutionär, sondern konservativ, ja reaktionär. Er versucht das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Natürlich gilt das besonders für Patrioten. Ihre erklärten Gegner sind unzweifelhaft die Internationalisten von Großwirtschaft und Hochfinanz sowie von der marxistischen Linken. Beide können ihre Ziele nur durch Zerstörung der alten Ordnung und ihrer Traditionen verwirklichen.

Wer an diesem revisionistischen Denkmodell Anstoß nimmt, dem sei ein Wort Napoleons ins Gedächtnis gerufen. Er sagte: „Geschichte, das ist die Fabel der Übereinkunft!“

Die obige historische Betrachtung soll dazu beitragen, die „Fabel der Übereinkunft“ über die jüngere deutsche Geschichte, besonders den Untergang des deutschen Reiches, zu widerlegen und den Mut zu der längst fälligen Revision der deutschen Geschichte anzuspornen.

Wesentlicher Teil dieser Revision ist die folgende Erkenntnis: Das nun zuende gehende 20. Jahrhundert ist keineswegs das Jahrhundert des europäischen Bürgerkrieges, oder der Ideologien, oder der Massenvernichtung.

Das 20. Jahrhundert ist vielmehr das Jahrhundert der Machtergreifung des Kapitalismus.

Dieser hat an allen Fronten gesiegt. Der Nationalsozialismus war dagegen ein weniger bedeutendes Zwischenspiel. Er hat den Vormarsch des Bolschewismus zwar gestoppt, den des Kapitalismus aber beschleunigt. Nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem damit verbundenen vorläufigen Ende des Sozialismus breitet sich der Kapitalismus wie ein Flächenbrand auch über diesen Teil der Welt scheinbar unaufhaltsam aus.

Nach dieser historischen Betrachtung folgt die politische.

Immer öfter wird mit Blick auf die politischen Verhältnisse in der BRD die Systemfrage gestellt, die schon den Altbundeskanzler Willy Brandt umtrieb. Die unverdächtige langjährige Bundestagsabgeordnete Hildegard Hamm-Brücher (F.D.P.) ist ihm darin ebenso gefolgt (Welt vom 7.7.93) wie der intelligente SPD-Politiker Peter Glotz (FAZ vom 16.12.97) und der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans Olaf Henkel (Die Woche vom 11.7.97). Dabei ist das Problem längst wissenschaftlich aufbereitet worden. Unter anderem sind die Veröffentlichungen des Soziologen Prof. Dr. Erwin Scheuch und besonders die Bücher des Staatsrechtlers Hans Herbert von Arnim bekannt geworden. Dessen Kritik an der gegenwärtigen Politik geht bis an die Grenze dessen, was weniger beachtlichen Persönlichkeiten aus dem patriotischen Lager strafrechtliche Verfolgung wegen Verunglimpfung des Staates und seiner Organe einbringen würde. Seinem jüngsten Buch „Fetter Bauch regiert nicht gern“ sind die folgenden Sätze entnommen:

„In der Demokratie kommt letztlich allein das Volk als Leitlinie für richtige Politik und als Gegengewicht gegen Mißbräuche seitens der Machthaber und gegen die Gleichschaltung der kontrollierenden Institutionen in Betracht. Ist das Volk dagegen entmachtet - wie in der Bundesrepublik Deutschland - liegt es auf der Hand, daß niemand mehr die Eigeninteressen der politischen Klasse im Zaum halten kann. Hier zeigt sich, wie sehr die Allmacht der politischen Klasse nur die Kehrseite der Entmachtung der Bürger ist.“ Und weiter:

„Würde die politische Klasse - bei aller gebetsmühlenartigen Wiederholung der ‘politischen Formeln’ von der Demokratie - ganz bewußt das Ziel anstreben, den Staat ungestört zu mißbrauchen und das Volk auszubeuten, dann würde sie vorher wahrscheinlich eine ähnliche Entmündigung vornehmen, wie sie bei uns heute schon längst besteht. An die Stelle des Volkes ist die politische Klasse getreten.“

Es ändert sich dennoch nichts. Letzlich liegt das wohl am Grundgesetz, das solche Zustände ermöglicht hat. Ursprünglich als Übergangslösung unter maßgeblichem Einfluß der Sieger des Zweiten Weltkriegs und ohne ausreichende demokratische Legitimation zustande gekommen, hat es mittlerweile durch Gewohnheit Verfassungsrang erhalten. Der Artikel 146, nach dem das GG durch eine Verfassung, die vom Deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist, seine Gültigkeit verliert, ist daher nie wirksam geworden. Vielleicht ist der tiefere Grund einmal darin zu sehen, daß dann unweigerlich der rechtliche Fortbestand des Deutschen Reiches zur Sprache gekommen wäre. Zum anderen ist zu befürchten, daß eine neue wirkliche Verfassung durch den Einfluß der mächtigen Linken die Lage nur verschlechtert hätte. Allerdings sind solche Erwägungen demnächst vielleicht ohnehin überflüssig, denn es bahnt sich eine „Volksfront“ aus Sozialdemokraten, Bündnis 90/Grünen und Kommunisten (PDS) an, die nach aller bisherigen Erfahrung ihre politische Macht rücksichtslos etablieren und ausbauen wird. Verzweifelte Patrioten beschwören dies zunehmend hinter vorgehaltener Hand: „Links wählen! Es wird Zeit, daß das auf Grund sitzende Schiff vollends auseinander bricht, damit endlich neu begonnen werden kann!“

Tatsächlich erscheint die Vorstellung plausibel, erst der Zusammenbruch des Systems mache die Kräfte für den notwendigen Neubeginn frei. Natürlich ist die Systemfrage nicht zuletzt eine Frage nach der res publica, dem Gemeinwohl, das der Staat zu befördern hat. Ist er lediglich Koordinator und Verwalter einer aus Interessengruppen bestehenden Gesellschaft, so kann er schwerlich den Dienst des Staatsbürgers und schon gar nicht den des Staatsbürgers in Uniform fordern. Karl Feldmeyer hat dies in einem Artikel in den Burschenschaftlichen Blättern, Heft 1/98, überzeugend dargestellt. Nur wenn der Staat im Sinne des Grundgesetzes den Nutzen des Volkes mehrt und Schaden von ihm abwendet, kann er Gemeinschaft und damit auch Sinn stiften. Den Repräsentanten des Staates fehlt nun aber offensichtlich der Mut, die reichen Wurzeln unseres Volkes zu reaktivieren, die Menschenwürde durch ein überzeugendes Menschenbild zu vergegenwärtigen und die überkommene Religion so zu fördern, daß der Grundkonsens unseres Volkes in ethischen und religiösen Fragen wiederhergestellt wird. So kommt es mangels ausreichender Bildungskräfte zur Orientierungslosigkeit und zum Hedonismus, dessen Kehrseite Kriminalität, Drogensucht, Abtreibung, Atheismus und andere Verfallserscheinungen des Gemeinwesens sind. Am Ende stehen Chaos und Anarchie. Alles ist erlaubt, auch die Gotteslästerung, denn Gott ist tot. Unter Hinweis auf die 150. Wiederkehr der Revolution volks- und reichstreuer Deutscher erscheint es angebracht, sich auf die Kräfte des Volkes zu besinnen und von den Regierenden energisch die erforderlichen Maßnahmen zur Reparatur des Deutschen Hauses anzumahnen. Dazu gehört die Rehabilitation des geschundenen und verleumdeten deutschen Volkes durch Revision des lügenhaften, offiziellen Geschichtsbildes mit dem die Sieger des Zweiten Weltkriegs Geschichtspolitik betrieben und Herrschaft ausgeübt haben. Dazu gehört ferner der Abbau einer säkularisierten Bußethik, für deren staatliche Rituale der Staatspräsident von Estland das Schlagwort von der Canossa-Republik geprägt hat. Dies ist in dem Buch „Die Überwindung der Canossa-Republik“ des Hohenrain-Verlages (Tübingen, 2. Aufl., 1997) nachzulesen. In diesem Zusammenhang sei abschließend Arnold Gehlen zitiert. Er schließt sein Buch „Moral und Hypermoral“ mit dem folgenden inhaltsschweren Absatz:

„Und zuletzt: teuflisch ist, wer das Reich der Lüge aufrichtet und andere Menschen zwingt, in ihm zu leben. Das geht über die Demütigung der geistigen Abtrennung noch hinaus, dann wird das Reich der verkehrten Welt aufgerichtet, und der Antrichrist trägt die Maske des Erlösers, wie auf Signorellis Fresco in Orvieto. Der Teufel ist nicht der Töter, er ist Diabolos, der Verleumder, ist der Gott, in dem die Lüge nicht Feigheit ist, wie im Menschen, sondern Herrschaft. Er verschüttet den letzten Ausweg der Verzweiflung, die Erkenntnis, er stiftet das Reich der Verrücktheit, denn es ist Wahnsinn, sich in der Lüge einzurichten.“

Letztlich gilt es, den Tempel unserer Heiligtümer, den jene Sieger schändeten und den die 68er Revoluzzer leergefegt und zerstört haben, auf seinen bewährten Fundamenten wiederzuerrichten und mit geretteten und neuen Weihegaben auszustatten.

Freiheit auf Abruf: Telekratie und politische Rechtsprechung gefährden die Demokratie

Der bekannte Philosoph Hans-Georg Gadamer sagte in einer mehrteiligen Fernsehsendung: „Die Massenmedien sind der eigentliche Kampfplatz, auf dem sich unser Schicksal entscheidet.“ Am 6. März 1998 konnten wir in einer Talk-Show des Norddeutschen Rundfunks auf N3 durch den Moderator wie folgt belehrt werden: „Die nächsten Wahlen (gemeint waren die Bundestagswahlen im September 1998) werden durch die Medien entschieden.“ Niemand widersprach. Die beiden Aussagen zeigen, welcher Einfluß den Medien zugewachsen ist. Das geht so weit, daß die von ihnen verbreitete öffentliche Meinung zum Teil das politische Geschehen bestimmt.

Beispiel: Der genannte Sender brachte zum Abschluß der Tätigkeit des 2. Untersuchungsausschusses in der sogenannten „Barschelaffäre“ eine zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse. Die führenden Mitglieder des Ausschusses kamen ausgiebig zu Wort. Dem ehemaligen Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein konnte in der Hauptsache keine Schuld nachgewiesen werden. Das stand in völligem Gegensatz zum Ergebnis des 1. Untersuchungsausschusses. Der Beschuldigte ist also nach siebenjährigen (!) Untersuchungen rehabilitiert worden. Auf die Frage des Moderators, wie denn praktisch dieselben Leute in derselben Sache im 1. Untersuchungsausschuß zu einem so entgegengesetzten Ergebnis, nämlich der Feststellung schuldhaften Verhaltens, hätten kommen können, antwortete der stellvertretende Ausschußvorsitzende (F.D.P.): „Wir standen damals unter einem ungeheuren Druck der öffentlichen Meinung“.

Rainer Zitelmann erbringt hierzu eine einleuchtende Beurteilung in seinem Buch: „Wohin treibt die Bundesrepublik?“ Ein Abschnitt des Kapitels über die Macht der Medien ist überschrieben mit „Souverän ist, wer bestimmt, was ein Skandal ist“. Der Barschel-Skandal hat das Leben des Ministerpräsidenten Barschel vernichtet.

Wir können diesem Beispiel aber nicht nur die Feststellung entnehmen, daß die Medienmacht zur Telekratie ausgeartet ist, die dringend der Beschränkung und wirksamer Kontrolle bedarf. Es gilt darüber hinaus das Bewußtsein zu verbreiten, daß wir ständig in der Gefahr der Desinformation durch die Medien leben. Wolf Schneider, einst unter anderem Chefredakteur der „Welt“, Fernsehmoderator und Leiter der Hamburger Journalistenschule, beschreibt diese Gefahr in dem Buch „Unsere tägliche Desinformation“ mit dem bezeichnenden Untertitel „Wie die Massenmedien uns in die Irre führen“. Kein Zweifel also, daß wir eher in einer desinformierten, als in einer informierten Gesellschaft leben. Nehmen wir die Geburt unserer Medien aus den Lizenzen der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs hinzu. Fügen wir dem die Tatsachen bei, daß die Verwaltungsgremien der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nach Parteienproporz besetzt werden und daß sich schließlich nach wissenschaftlichen Untersuchungen der weitaus überwiegende Teil der Journalisten dem linken Spektrum zugehörig fühlt. Sodann ergibt sich die Erklärung für das Gelingen der Umerziehung unseres Volkes, die Kriminalisierung der deutschen Geschichte, die Pflege der deutschen Schuld, die Verleumdung der Patrioten wie der gesamten Rechten sowie für die durchschlagende Wirkung der Political Correctness, was insgesamt nichts weiter als die Einschränkung der Meinungsfreiheit durch Sprachregelung und Bevormundung darstellt.

Telekratie ist also Herrschaft mittels Medien und Information ist ein politisches Instrument. Jeder Fernsehzuschauer kann das mit einigem Bemühen selbst feststellen. Das beste Beispiel ist die jüngste Medienkampagne gegen die Bundeswehr wegen angeblicher Neigung zu Rechtsradikalismus. Die politisch stets und über viele Jahrzehnte loyale und zuverlässige Bundeswehr wird anhand von aufgebauschten und zum Teil sogar völlig harmlosen Vorfällen verdächtigt, ein Hort des Rechtsradikalismus zu sein, wobei peinlichst vermieden wird, zu sagen, was denn darunter zu verstehen sei. Immerhin: Der Neonazi geht um und ein hochnotpeinlicher Untersuchungsausschuß wird eingesetzt. Die Leitung reagiert in Panik und greift mit Versetzungen verdienter Kommandeure und anderen voreiligen Maßnahmen durch. Kenner der Armee fragen sich verduzt, was hier eigentlich vorgeht und allmählich verdichtet sich der Verdacht, es handele sich um ein raffiniertes Ablenkungsmanöver von dem, was tatsächlich droht: Die Übernahme der politischen Macht in Deutschland durch ein Linkskartell, also die Vollendung des Marsches durch die Institutionen mit der Kür eines Bundeskanzlers und dessen Mannschaft aus dem Lager der 68er Revoluzzer!

Ein besonders ernstes Kapitel ist das Eindringen der Politik in die Rechtsprechung. Prof. Dr. Friedrich Grimm hat darüber ein beachtliches Buch geschrieben. Es trägt den Titel „Politische Justiz, die Krankheit unserer Zeit“. Im Grunde geht es dabei um die schleichende Aushöhlung des Grundgesetzes. Zwar wird das Recht, wenn es um wirklich existenzielle Fragen des Volkes geht, der Politik folgen müssen. Die Regel aber ist, daß die Rechtsprechung unabhängig und frei von politischen Einflüssen zu sein hat. Artikel 97 (1) GG sagt trocken: „Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen.“ Die Wirklichkeit sieht leider anders aus. Prof. Klaus Hornung beschrieb in seinem Nachwort zu dem Buch „Sind Gedanken noch frei? Zensur in Deutschland“ von Claus Nordbruch wie folgt: „Inzwischen hat die Political Correctness, zunächst ein Vorgang in Medien und Medienpolitik, auch auf die Rechtsprechung durchgeschlagen. In Deutschland gibt es faktisch wieder politische Justiz und richterliche Politik. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1995, das hinsichtlich der Soldaten die Meinungsfreiheit (Artikel 5 des Grundgesetzes) weit vor den Persönlichkeits- und Ehrenschatz und vor die Fundamentalnorn des Artikels 1 unserer Verfassung rückte, kommt einem Dambruch gleich, dessen Geröllmassen unseren Rechtsstaat unter sich begraben könnten. Nicht nur die wissenschaftliche Forschungsfreiheit ist heute in Deutschland in Gefahr. Die Monopolisierung des Wahrheitsanspruchs durch Meinungslenkung oder gar durch Strafgesetzbestimmungen muß die Freiheitlichkeit und Rechtsstaatlichkeit unserer Gesellschaft im Mark treffen.“

Wir alle erinnern uns noch an die bundesweite Richterschelte des Mannheimer Richters Orlet, an der sich sogar der Bundeskanzler beteiligte. Er hatte dem Delinquenten Deckert, dem seinerzeitigen Vorsitzenden der NPD, in seinem auf Bewährung plädierenden Urteilsspruch einige positive Charakterzüge bescheinigt.

In der Zeitschrift „Johanniterorden“, Heft 4/97, ist die Rede des Philipp Freiherrn von Boeselager, ehemals Offizier der Wehrmacht, abgedruckt. Er hielt sie anlässlich der Feier seines 80. Geburtstages. Nach Ausführungen über Wehrmacht und Bundeswehr geht er auf den Widerstand gegen das Unrecht der NS ein und führt unter anderem folgendes aus: „Um so mehr bestürzt es mich, daß dieses Vermächtnis der Männer des 20. Juli in Gesetzen, im Regierungshandeln und in der Rechtsprechung teilweise nicht mehr erkennbar ist oder sogar mißachtet wird, sei es das Recht auf Eigentum, sei es der Schutz des Lebens.“ Gemeint ist das Eigentum der von den Kommunisten in der SBZ Enteigneten sowie der staatlich geduldete Massenmord an Ungeborenen.

Schließlich sei noch Prof. Günter Zehm zitiert, der kürzlich in der Zeitung „Junge Freiheit“ unter dem Namen Pankraz folgendes feststellte: „Letztes Jahr wurden hier sage und schreibe 7949 Strafverfahren wegen Volksverhetzung abgewickelt.“ So mag denn die von vielen Deutschen erhoffte Wende, die ihnen 1982 versprochen worden war, tatsächlich stattgefunden haben, aber eben in die falsche Richtung. Aus der offenen Gesellschaft ist eine geschlossene geworden, deren Totalitarismus freilich von denen, die sich angepaßt haben und im System leben, gar nicht wahrgenommen wird.

Von großer Bedeutung ist nun das weithin unbekanntes Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (1 BvR 434/87) vom 11. Januar 1994 in dem Verfahren über die Verfassungsbeschwerde des Herrn Walendy gegen die Aufnahme seines Buches „Wahrheit für Deutschland - Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges“ in die Liste der jugendgefährdenden Schriften. Einer der dem Urteil vorangestellten Leitsätze lautet: „Die Indizierung eines Buches als jugendgefährdend mit der Begründung, es enthalte zur Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges eine falsche geschichtliche Darstellung, verstößt gegen Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 GG.“

Die klassisch zu nennende Urteilsbegründung des Ersten Senats enthält sodann für die Auslegung des Grundrechts der freien Meinungsäußerung grundsätzliche Ausführungen über

- die Revision und den Wandel wissenschaftlicher Ergebnisse bzw. die Offenheit und Wandelbarkeit von Wissenschaft;
- den unvermeidlichen Zusammenhang von Werturteilen und Tatsachenbehauptungen;
- den Sinn von Meinungsäußerungen;
- das Geschichtsbild als Ergebnis einer Interpretation komplexer historischer Sachverhalte und Zusammenhänge;
- die fachwissenschaftlich umstrittene und allgemein schwer abschätzbare Wirkung anstößiger Lektüre;
- die Äußerungen zur Geschichtsinterpretation, die als Beitrag zur politischen Meinungsbildung in den Kernbereich des Schutzes gem. Artikel 5 Abs. 1 GG fallen.

Wörtlich ist zu lesen: „Jeder soll frei sagen können, was er denkt, auch wenn er keine nachprüfbaren Gründe für sein Urteil angibt oder angeben kann.“ Und:

„Die freie Diskussion ist das eigentliche Fundament der freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft.“

Die Kehrseite dieses Glanzpunktes deutscher Rechtsprechung ist die Tatsache, daß sich der Beschwerdeführer durch drei Instanzen hat durchkämpfen müssen, bis er in der vierten und letzten Instanz nach Ablauf von nahezu 15 (!) Jahren zu seinem Recht gekommen ist.

Die Masse der Bürger wird soweit nicht gehen können, sondern vor den Zwängen politischer Rechtsprechung und der stickigen Luft des telekratischen Zeitgeistes kapitulieren. Die Bedrohung unserer Freiheit und des demokratischen Rechtsstaates durch politische Rechtsprechung ist offensichtlich.

Das Europa der Vaterländer: Das Recht der Völker ist stärker als alle Verträge.

Wir haben es erlebt: Niemand wollte die Wiedervereinigung, nicht unsere Nachbarn (so Willy Brandt), nicht die Regierungen (so Egon Bahr). Das Volk hat sie dennoch erstritten. Dieses Erkenntnis kann ein Kraftquell für die Zukunft sein. Was immer an Verträgen über die Köpfe des Volkes hinweg geschlossen wird: es muß Bestand vor dem Völkerrecht haben. Von

Versailles ist kaum etwas übrig geblieben. Mit den Vereinbarungen von Potsdam 1945 und dem sogenannten 2+4-Vertrag zur Wiedervereinigung wird es ähnlich gehen, soweit ihre Regelungen gegen das Selbstbestimmungsrecht des Volkes verstoßen; und schließlich wird die Einigung Europas als bloßes Verwaltungskonstrukt keine Überlebenschancen haben. Ohne die Zustimmung der Völker sind schon Napoleon und Hitler gescheitert. Bundeskanzler Kohls Maastricht-Europa wird in der jetzigen Form schon den ersten Sturm einer wirtschaftlichen Notlage oder gar einen Finanzkollaps aufgrund der allgemeinen Verschuldung kaum überleben. Was nicht organisch gewachsen und zusammengefügt ist, muß vergehen. Schon der Ansatz der deutschen Einigungsanstrengungen stimmt nicht, denn das Volk ist nicht gefragt worden. Das Postulat vom mündigen Staatsbürger entpuppt sich als schlichte Täuschung. Mit dem Argument der repräsentativen Demokratie wird die Mitwirkung des Volkes einfach ausgeschaltet. Drüber hinaus ist das Vertragswerk der EU durch Umfang, Aufbau und Sprache so unübersichtlich und schwer verständlich, daß vermutlich nicht einmal Experten dasselbe voll erfassen und überschauen können. Eine Fülle von Protokollen, Erklärungen und Ausnahmeregelungen allein des Vertrages von Amsterdam vom 2. Oktober 1997 zur Änderung des Vertrages über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte erwecken den Eindruck, die Hintertür als Ausweg sei größer als der Eingang dieses europäischen Hauses. Der Normalbürger muß sich eh' mit Schlagworten der offiziellen Propaganda zufrieden geben, denn wer nicht in der Sache steht, versteht schon die Sprache nicht.

Was wir alle erkennen können ist, daß es sich hier um einen wirtschafts- und finanzpolitischen Vorgang handelt, der alle Kennzeichen eines obrigkeitstaatlichen Verwaltungsaktes hat. Die Furcht der betroffenen Völker, ihre bisherigen Freiheiten würden einer riesigen, demokratisch nicht legitimierten Verwaltungsbürokratie überantwortet, ist berechtigt. Die erforderliche Angleichung der Rechts-, Sozial- und Steuersysteme ist noch kaum vorangekommen. Unerträgliche Wettbewerbsverzerrungen und Ungerechtigkeiten durch Ungleichbehandlung werden kaum beherrschbare Konflikte in der Union verursachen und den erforderlichen inneren Frieden gefährden. Das Beispiel der Grenzöffnung nach dem Schengener Abkommen gibt einen Vorgeschmack darauf, was passiert, wenn eine im Grunde richtige Maßnahme ungenügend vorbereitet in Gang gesetzt wird.

Schleuserbanden und organisiertes Verbrechen haben nun nach Auskunft von Fachleuten der Sicherheitsorgane praktisch freie Fahrt. Im übrigen hat schon seit Jahr und Tag eine umfangreiche Flucht in die Sachwerte sowie eine viele Milliarden betragende Kapitalflucht begonnen, denn die geplante Abschaffung der bewährten Deutschen Mark hat ein Klima des Mißtrauens geschaffen, dessen realer Grund die Argumente eines Heeres von Fachleuten aus Wissenschaft, Rechtswesen, Finanzwesen und Politik sind, die alle gegen das so geplante Einigungs- und Vertragswerk sprechen. Es wird immer offensichtlicher, daß die politischen Voraussetzungen dafür noch nicht erfüllt sind. Das Richtige in der falschen Reihenfolge und zum falschen, in diesem Fall zu frühen Zeitpunkt unternommen, muß mißlingen.

Auffallend ist, daß bei alledem die entscheidenden geistigen Grundlagen noch kaum diskutiert werden. Es wäre die Pflicht der politischen Klasse, dem Volk zu erklären, wie sie denn unter den Bedingungen der Maastrichter Verträge das verfassungsmäßige Wohl des deutschen Volkes zu wahren und seinen Nutzen zu mehren gedenken. Geschichte, Tradition, Familie, Volk und Nation können doch nicht einfach abgeschrieben werden. Haben sie sich doch gerade gegenüber der Superkonstruktion der Sowjetunion als stärker erwiesen und die Grundlage für die Neuordnung des zerfallenen Kontinents abgegeben. Sie sind demnach noch immer die wesentlichen Ordnungsfaktoren mit Bindekraft für politische Großorganisationen.

Das spricht für ein Europa der Vaterländer und den selbstverständlichen Erhalt seiner Völker und Nationen und ihrer Eigenart. Souveränität und Grenzen sind neu zu definieren und zu organisieren, aber nicht abzuschaffen. Die große Chance der Einigung darf nicht durch Ungeduld und Ehrgeiz erneut verspielt werden. Auf den Erfahrungen der Jahrtausende alten Geschichte Europas ist aufzubauen. Das heilige römische Reich deutscher Nation, die Donaumonarchie und die EWG der römischen Verträge bieten Material genug für eine tragfähige organische Konzeption. Eigenart, Vielfalt, Tradition, Freiheit, Recht, Sozialstaatlichkeit und abendländische Wertordnung rangieren vor Nützlichkeitsdenken und Materialismus. Romanen, Germanen und Slawen gehen endlich gemeinsam in die Zukunft. Die Kraft und die Bereitschaft dazu kann nur aus den eigenständigen Wurzeln ihrer Völker und nicht aus einer gesichtslosen, verwalteten Massengesellschaft kommen.

Das sogenannte „Brunnerurteil“ des BVerfG hat 1993 klargestellt, daß die in Maastricht begründete Union ein Staatenverbund und kein Staat ist, der sich auf ein Staatsvolk stützen könnte. Insofern bleiben die Mitgliedstaaten „Herren der Verträge“ mit der Möglichkeit des Ausscherens aus der Integration. Legitimität beziehen die europäischen Institutionen von den demokratisch gewählten nationalen Parlamenten.

Heinrich Ritter von Srbik sagte 1929 bei der deutschen Philologentagung in Salzburg in einem Vortrag „Gesamtdeutsche Geschichtsauffassung“: „Es muß uns wieder ganz klar werden, daß Nationalidee, Europäertum und Menschheitsgedanke sich nicht ausschließen, sondern wie konzentrische Kreise sich umringen, wobei naturgemäß der nächste und teuerste Lebenskreis für uns die Gemeinschaft des eigenen Volkes ist.“ (Eckartschrift Heft 67)

Und Prof. Dr. Kurt Hübner, Emeritus der Universität Kiel, führte vor wenigen Jahren in einem Vortrag über die geistigen Grundlagen eines Vereinten Europa folgendes aus: „Nicht das Verschwinden der geschichtlich bestehenden Nationalstaaten ist für die Vereinigung Europas zu fordern, sondern nur die Aufgabe von Teilen ihrer Souveränitätsrechte, und zwar so, daß die Freiheit und Selbstbestimmung jeder einzelnen Nation und jeder der ihr zugehörigen Regionen nur in der Freiheit und Selbstbestimmung der anderen ihre Grenze finden darf.“

Eine deutsche Antwort: Die organische Ordnung ist das Fundament des Lebens.

Konstruierte Systeme der Gesellschaft sind gegen die Natur und auf Dauer nicht lebensfähig. Familie, Volk und Nation sind die natürlichen Bausteine eines vereinten Europa. Nicht Nation oder Europa, sondern Nation und Europa lautet die Devise! Organische Ordnung mit Wurzeln und Grenzen steht gegen Chaos und verwaltete Welt. Dem Scheitern des Sozialismus folgt zwangsläufig das Scheitern des Kapitalismus. Jene menschenunwürdige 20-zu-80-Gesellschaft der Propheten von jenseits des Atlantik ist keine europäische Perspektive. Das entscheidende ist die soziale Frage. Deutschland hat hier seit Bismarcks Tagen Wesentliches beizutragen. Der Einfallsreichtum des europäischen Geistes wird die soziale Frage auf seine Weise und seinen Traditionen entsprechend lösen und so den Kapitalismus bändigen. Das wird allerdings schwere Kämpfe mit der Vormacht USA herbeiführen, die offenbar andere Wege gehen will. Es wird sich herausstellen, ob es gelingt, den Gedanken der Subsidiarität auch in einer Völkergemeinschaft durchzusetzen. Einheitlichkeit wäre das Ende der Freiheit. Das Zusammenwachsen der Welt macht Politik schwieriger und zum Teil auch gefährlicher, denn Verbundsysteme sind höchst störanfällig. Unseren Nachkommen stehen harte und herausfordernde Zeiten bevor. Den Chancen entsprechen die Risiken. Dabei darf nicht vergessen werden, daß ja erst einmal das eigene Haus in Ordnung gebracht werden muß.

Ohne nationale Identität wird es im übrigen keine soziale Identität gegen und Lebenssinn findet das Individuum nur in der angestammten Gemeinschaft. Das hat die Verhaltensforschung eindrucksvoll nachgewiesen. Es gilt daher, sich gegen die Fremdbestimmung einer verwalteten Welt und gegen das Menschenbild vom Konsumenten in einer Knopfdruckgesellschaft, deren Signale wie in einem kybernetischen Schaltkreis zu befolgen sind, zu wehren. Das erfordert eine eigene, überzeugende Konzeption. Deren Fundament sind Familie und Freundeskreis, Heimat und Vaterland sowie Volk und Nation. In ihnen findet der Einzelne Identität, Geborgenheit und Lebenssinn. Die Kraft, für ihren Bestand zu kämpfen, geben Gottvertrauen und Tradition.

Der selbstbestimmte, freie Bürger, ausgestattet mit persönlichen Rechten und Pflichten, Träger von Verantwortung für die Öffentlichen Angelegenheiten, die *res publica*, ist das Leitbild der Deutschen in einem Europa der Vaterländer.